Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 5.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 2.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 4.00 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 5 — Duisburg, den 4. Februar 1922 — 23. Jahrgang

Löhne und Gewinne

Die Nachkriegszeit hat eine vollständige Umwälzung aller Lebensverhältnisse hervorgerufen, die sich nach jeder Seite hin bemerkbar machte. Eine Steigerung der Preise aller Produkte setzte ein, und zwar in so rasendem Tempo, daß die Arbeiterschaft überhaupt nicht mehr Schritt halten konnte. Trotzdem die Preise 20, 30, 40, 50 und selbst hundertfach über die Höhe von 1914 emporgeschnellt waren, hörte man allenthalben das Wort „Die hohen Löhne sind daran schuld", trotzdem der Lohn im Höchstfall das 10—15fache des Friedenslohnstandes ausmachte. Wenn man bedenkt, daß der Durchschnittslohn in der bestentlohnten Gruppe, der rhein.-westf. Hütten- und Walzwerksgenossenschaft auf 1800 Mark pro Jahr stand, kann man ermessen, daß es auch im alten Deutschland der Arbeiterschaft nicht besonders gut ging, wenn ja auch — infolge der Weltkrise und der damit zusammenhängenden Geldentwertung — der Arbeiter von damals noch immer besser gestellt war, als der von heute.

Der Arbeiter von heute lebt tatsächlich

von der Hand in den Mund.

Sein Lohn geht für seine Familie vollauf drauf, und wenn gar ein Familienvater mit mehreren Kindern als der alleinige Verdiener dasteht, dann ist oft genug Schmalhans Küchenmeister.

Andererseits muß auch gesagt werden, daß viele Kreise der jugendlichen Arbeiter nicht den rechten Gebrauch von ihrem Lohn machen, und daß Klagen, selbst wenn sie auch nicht verallgemeinert werden dürfen, nicht von der Hand zu weisen, aber es ist verfehlt, nun die Torheiten einzelner oder mancher Gruppen als Vergehen der Gesamtheit hinstellen zu wollen. Dagegen wenden wir uns mit aller Energie.

Gerade die nichthandarbeitenden Kreise zeigen eine

erschreckende Virtuosität im Geldwegwerfen,

und zwar an Stellen, wohin der Arbeiter überhaupt nicht kommt, und geben so das schlechte Beispiel den unteren Schichten.

Wir sagten schon oben, daß die Arbeiterschaft mit ihrem Lohn kaum das Notwendigste anschaffen kann. Die „Deutsche Bergarbeiterzeitung", der wohl keiner vorsagen kann, sie sympathisiere mit der Arbeiterschaft, zerstört in ihrer Nummer vom 8. Januar rücksichtslos das Märchen von den Riesenlöhnen.

Sie greift zwar nur die Hüttenarbeiter heraus, aber da die Löhne in den Hüttenrevieren am höchsten stehen von der Metallindustrie, so kann leicht der Schluß gezogen werden auf die Löhne, die in den übrigen Sparten der Metallindustrie verdient werden. Für das Geschäftsjahr 1920/21 ergeben sich da folgende Zahlen:

	Zahl der Arbeiter	Löhne in Mill. Mk.	Durchschn. Jahresverd. ein. Arbeiters
Phönix	42 510	766,69	18 035 M
Rheinstahl	10 453	189,23	18 123 M
Hasper Eisen	2 365	38,61	16 326 M
Laurahütte	28 068	371,00	13 218 M
v. d. Zypen	5 885	90,51	15 380 M
Gute Hoffnungshütte	38 260	661,09	17 280 M
Georg-Marienhütte	10 038	141,19	14 364 M
	137 579	2261,32	16 436 M

Demnach betrug bei einer Gesamtarbeiterzahl von 137579 der Durchschnittslohn im Jahre 1920/21 rund 16 436 Mark, wobei die Oberschlesische Laurahütte noch über 3000 Mk. hinter diesem Durchschnitt zurückbleibt. Das ist das Zwölffache des Lohneinkommens vor dem Kriege. Dem steht eine Verteuerung der Lebenshaltung um mindestens das Zwanzigfache gegenüber. Es ergibt sich somit aus den eigenen Angaben der Schwerindustriellen, daß die Schwerarbeiter ihre Lebenshaltung sehr erheblich einschränken mußten.

Diese Einschränkungen der Lebenshaltungen zeigen sich vor allem im Verzicht auf Neuanschaffungen. Hausrat, Kleider, Schuhe fehlen; an allen Ecken und Kanten mangelt es. Zwar ist der Nominallohn gestiegen, das heißt, die Zahl der Mark, die der Arbeiter in seiner Lohntüte hat, aber der Reallohn (die Kaufkraft des Geldes) ist weiter gesunken. Stiegen doch die Warenpreise nach den Angaben des reichsstatistischen Amtes allein im Dezember um 11 Prozent gegenüber dem November. Das Verhältnis zwischen

Lohneinkommen und Warenpreis

hat sich also auch weiterhin zuungunsten der Arbeiterschaft gewandt.

Ganz anders als die Steigerung der Löhne steht aber die Steigerung der Gewinne der einzelnen Werke da. Wir haben bereits in der Nummer 3 unseres Organs eine Reihe der Gewinne der Werke der Eisengroßindustrie unseren Kollegen vorgeführt. Während eine Reihe von mühseligen gewerblichen Unternehmungen einen Gewinn von 8 oder 10 Prozent als einen glänzenden Erfolg ansieht, erlebt die Mehrzahl der Werke der maßgebenden Schwerindustrie, Weiterverarbeitungs- und Verfeinerungsindustrie ganz bedeutende, weit über den Normalstand hinausgehende Gewinne. Deren Zahlen würden vielleicht noch größer werden, wenn nicht die Bilanzen an vielen Stellen einfach verschleiert und verschoben würden.

Kein wirtschaftlich denkender Mensch kann etwas gegen eine gesunde Gewinnerzielung einwenden, auch die Arbeiterschaft nicht, aber was sich heute zeigt, sind vielfach

ungesunde Gewinnsteigerungen.

Jeder weiß, daß kein Schornstein ohne Gewinn raucht; wenn dem so ist, dann hat vor allen Dingen die Industrie eine Pflicht und Schuldigkeit zu erfüllen, wenn sie den Arbeitern auskömmliche Löhne gibt und nicht jedesmal die Notglocke der „schlechten Konjunktur" zieht, der ja dann doch nicht mehr geglaubt wird.

Wir wollen hier einige Zahlen folgen lassen, die deutlich die Gewinnsteigerungen der beiden letzten Jahre angeben:

Deutsch-Luxemburg (Stinneskonzern) 1920 12,8 Mill. Rohgewinn, 1921: 68,7. Abschreibungen 1920: 8 Millionen, 1921: 30 Millionen. Divid.: 3 Proz, 20 Proz.

Glockenstahlwerke A.-G. Remscheidt-Hasten 25 Proz. Divid. In der Bilanz stehen 6 große Aktivposten mit je 1 Mk. zu Buche, dabei noch ein Werkerneuerungsfonds von 2 Mill. Mark.

Westf. Kupferwerke A.-G., Lüdenscheid, 28. Proz. Div., und zwar 18 Proz. und 10 Proz. Bonus, dazu Bezugsrecht auf neue Aktien zu 175 Proz. bei 1385 Proz. Börsenkurs.

Seebeck Schiffswerft, Bremen 30 Proz. Div., und zwar 20 Proz. und 10 Proz. Bonus. Der Betriebsgewinn stieg von 4 auf 10 Mill. Mark.

Mannesmannröhren-Werke A.-G. Düsseldorf, 30 Proz. bei riesigen Reservestellungen.

Concordia, Chemische Fabrik A.-G., Leopoldshall 30 Proz. Div. Dazu glänzende Bezugsrechte auf neue Aktien (zu 100 Proz. bzw. 300 Proz. bei zirka 1700 Proz. Börsenkurs).

Friedrichshütte A.-G., Herdorf. 30 Proz. Div. Dabei sind vorweg abgesetzt worden 3 Mill. Mark für „Werkerhaltung", 847 000 Mark für „Erneuerung", 1,8 Mill. Mark für Wohlfahrtszwecke.

Charlottenhütte A.-G., Niederschelden, 33 Prozent Div. nach glänzenden Abschreibungen pp.

Schraubenfabrik Riem Söhne, Berlin 35 Proz. Div., außerdem glänzende Bezugsrechte auf neue Aktien zu 175 Prozent gegen zirka 1350 Proz. Börsenkurs.

Wißner Metallwarenfabrik A.-G. Mehlis 60 Proz. Div., und zwar 30 Proz. Dividende und 30 Proz. Bonus.

L. Hupfeld A.-G. Leipzig (Musikinstrumente), 75 Prozent Div., und zwar 25 Proz. Dividende und 50 Proz. Bonus, zudem auf erhöhtes Aktienkapital! Weiter noch Bezugsrecht auf neue Aktien zu nur 200 Proz. bei zirka 1000 Proz. Börsenkurs!

Kargeshammer Maschinenfabrik A.-G., Braunschweig, 125 Prozent Div. und zwar 25 Prozent Dividende und 100 Prozent Bonus. Dabei klagt die Direktion noch über wirtschaftliche Schwierigkeiten, die den Geschäftsgang hemmten.

Diese Liste läßt sich nach Belieben erweitern. Dabei wird die Metallindustrie noch von der Papier- und Textilindustrie mit Gewinnen bis 150 Prozent Dividende noch übertroffen.

Solche Gewinne müssen in einer Zeit, wo die schwerste Not bei den Arbeiterfamilien nicht nur an die Fenster geklopft hat, sondern mitten in der Stube sitzt, aufreizend wirken, zumal auf der anderen Seite kein Lohn steht, der die Gewinne einigermaßen rechtfertigte.

Nun wäre nichts verkehrter und für die Arbeiterschaft folgenschwerer, als wenn sie sich jetzt von irgendwelchen dunklen Empfindungen treiben ließe, und Ohr und Herz denen öffnen würde die glauben,

mit Putschen und Gewaltstreiks

die Welt zu erobern. Nichts ist dem Unternehmertum erfreulicher zu hören und zu sehen, als wenn die Arbeiterschaft in regellosen Kämpfen sich müde ringt. Es weiß dann genau, daß die Zeit für die Zermürbung der Gewerkschaften und für die Aussaat der gelben Idee gekommen ist. Man denke nur an das sozialistische Mitteldeutschland, wo der zusammengebrochene Frühjahrsputsch die Gelben emporschnellen ließ.

Weg mit denjenigen, die über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg die Arbeiterschaft zu wilden Kämpfen verleiten wollen, wo sich die beste Kraft verblutet.

Es gilt bei dem schweren Gegner zuerst das Feld zu sondieren und alle Möglichkeiten zu erwägen, die auf dem Verhandlungswege zum Ziele führen können. Nicht eher darf irgendwo zum Kampf geschritten werden, als bis alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Gerade der Weg der Verhandlungen wird von den Unternehmern mehr gescheut als der Kampf, weil dort ihre Taktik offen und bloß gelegt wird und die öffentliche Meinung gar zu schnell sieht, wo die Schuldigen sitzen.

Uebereiltes Vorgehen, im Rausch begangen, hat erst die Arbeiterschaft um Jahre zurückgeworfen und in ihrem Fortkommen geschädigt. Selbst ein siegreicher Streik hinterläßt Wunden, die erst langsam vernarben, um wie viel mehr gilt das für einen verlorenen Streik.

Wäre die Arbeiterschaft in den letzten zwei Jahren ihren ruhig denkenden Führern gefolgt und nicht irgendwelchen Phraseuren, die sich nach „getaner Sache" aus dem Staube machten, sie hätten nicht so viele Schlappen erlitten. Das mag ihr eine Lehre, wenn auch eine bittere, sein.

Vor allem zeigt der Stand der Dinge den Kollegen auch, daß sie sich ernstlich die finanzielle Rüstung des Verbandes angelegen sein lassen. Denn nur diese wird den Kollegen Hülfe und Stärke in der Not sein und nicht die schönen Reden, die gehalten werden. Deshalb mögen unsere Kollegen nicht in kleinlicher Sorge — wie es niemals Metallarbeiterart war — mit „Wenn" und „Aber" dastehen, wenn es sich um ihre ureigenste Sache handelt, sondern mit Energie und Zielbewußtsein an die Stärkung des Verbandes gehen. Dann meistern wir die Verhältnisse.

Die positive Arbeit im sozialistischen Metallarbeiterverband

wird wiederum, wie so oft, in recht eigenartiger Weise beleuchtet in einem Bericht über die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Merseburg, den wir in der soz. „Volkszeitung" Halle vom 17. Januar 1922 finden. Nach diesem Bericht, der doch gewiß einer unverdächtigen Quelle entstammt, sah sich der Berichterstatter, Bevollmächtigter Hennig, zur folgenden elegischen Klage genötigt:

„Leider ist nicht alles erreicht. Es konnte nicht verhindert werden, daß der Reallohn gesunken ist. Mit einem stolzen Heer von 7500 Mitgliedern konnte der DMV. in Merseburg am Anfang des Jahres in den Kampf ziehen. Drei Monate später, nach dem Märzverbrechen, war die Organisation zertrümmert. Annähernd 50 Prozent der Mitglieder waren durch die „einigende" Propagandaarbeit der Moskaujünglinge abgesplittert. Nach dem verhängnisvollen Osterputsch zeigte sich dann auch in natürlicher Rückwirkung die Ohnmacht der Gewerkschaften. Hohnlächelnd, mit zynischer Offenheit, präsentiert die Leuna-Direktion der Arbeiterschaft die Rechnung. Die famosen Einstellungsbedingungen kamen. Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Der Ruhm des Leuna-Werkes ließ natürlich die Braunkohlenmagnaten nicht schlafen. Auch sie kühlten ihr Mütchen an der ihr zu dreist gewordenen Arbeiterschaft. Zu oft hatten unsere Gegner vor der geeinten Arbeiterschaft gezittert. Der 9. November 1918, die Tage während des Kapp-Putsches lagen ihnen noch zu schwer in den Gliedern, die langverhaltene Wut wurde zur niedrigsten Rache. So konnte und mußte es kommen, daß ein großer Teil unserer besten Kollegen heute noch unter den Folgen dieses unverantwortlichen Leichtsinns einiger kommunistischer „Führer" zu leiden haben."

Nichts ist imstande, die Lage im sozialistischen Metallarbeiterverband klarer zu zeichnen, als dieser Bericht. Also derweil die Interessen der Arbeiter auf den Hund kommen, fechten diejenigen, die „Hüter der Proletariersache sein sollten", ihren politischen Krach aus und zerschlagen sich gegenseitig die Köpfe. Das Urteil, das die soz. „Hamburger Volkszeitung" vom 10. Januar 1922 über eine andere Versammlung des soz. Metallarbeiterverbandes fällte: „Auch auf dieser Vertreterversammlung konnte nichts Positives geleistet werden, weil die führenden S.P.D.-Kollegen auf ihrem Parteistandpunkt beharrten", scheint fast zur Charakteristik des sozd. Metallarbeiterverbandes zu werden. Ueber dem politischen Kampf werden die Aufgaben der Organisation vergessen und die Arbeiter haben den Schaden.

Unsern Kollegen sollte dieser Zustand im sozd. Metallarbeiterverband Veranlassung sein, die irregeführten Arbeiter in jenem Lager aufzuklären und immerfort an der Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten. Nur dann besteht die Garantie, daß die Interessen der Arbeiter sachlich zwar, aber entschieden vertreten werden und der politische Kampf nicht die gewerkschaftliche Praxis vergiftet.

Die neuen Aenderungen in der Krankenversicherung

Dr. Franz Goertig, Köln.

Durch ein im Reichsgesetzblatt Nr. 2 vom 5. Januar 1922 veröffentlichtes Gesetz vom 28. Dezember 1921 ist unter dem Zeichen der Geldentwertung die Reichsversicherungsordnung in bezug auf das Krankenversicherungsgesetz in weitgehender Weise erneut abgeändert worden.

Die wichtigsten Aenderungen sind folgende:

1. Die Versicherungspflicht ist in der Weise ausgedehnt worden, daß in Zukunft die Betriebsbeamten, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer, Erzieher und Hausgewerbetreibende versicherungspflichtig sind, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst nicht den Betrag von 40 000 Mk. (bisher 15 000 M) übersteigt.

Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge sind nach wie vor ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens versicherungspflichtig, wenn sie gegen Entgelt beschäftigt werden.

2. Die Versicherungsberechtigung ist ebenfalls ausgedehnt worden, indem a) jeder, der in der Zeit seit dem 10. Mai 1920 wegen Ueberschreitens der Dienstgrenzen von 15 000 Mk. aus seiner Krankenkasse oder knappschaftlichen Krankenkasse ausgeschieden ist, bei dieser Kasse binnen 6 Wochen nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, d. h. nach dem 5. Januar 1922, die Wiederaufnahme als freiwilliges Mitglied gemäß Par. 313 der Reichsversicherungsordnung beantragen kann, sofern er beim Ausscheiden zur Weiterversicherung berechtigt war und nicht jetzt nach Par. 1 versicherungspflichtig ist, weil er etwa weniger als 40 000 Mk. als Betriebsbeamter usw. verdient.

Die Krankenkasse ist berechtigt, den sich zum Beitritt Meldenden ärztlich untersuchen zu lassen und die Kassenleistungen für einen Erkrankungsfall abzulehnen, der beim Wiedereintritt in die Kasse bereits vorlag.

Es können sich

b) auch die im Par. 176 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Personen, nämlich

1. versicherungsfreie Beschäftigte der im Par. 165 Abs. 1 bezeichneten Art,
2. Familienangehörige des Arbeitgebers, die ohne eigentliches Arbeitsverhältnis und ohne Entgelt in seinem Betriebe tätig sind,
3. Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer, die in ihren Betrieben regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen.

in Zukunft selbst versichern, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 40 000 Mk. statt bisher 25 000 Mk. nicht übersteigt.

3. Die Grundlöhne, auf die sich die Beiträge und Leistungen aus der Krankenversicherung aufbauen, werden ebenfalls heraufgesetzt, und zwar in der Weise, daß bei der Festsetzung des Grundlohnes der Entgelt berücksichtigt werden muß, soweit er den Betrag von 40 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt und daß die Satzung bei der Festsetzung des Grundlohnes den Entgelt über 40 Mark berücksichtigen kann, soweit er 80 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt; da auf Grund der regionalen Abmachungen die meisten Kassen die Grundlöhne von 30 Mk. auf 60 Mk. im Höchstfalle erhöht haben und damit im Höchstmaß wie in allen Einzelstufen auf das doppelte erhöht haben, steigen automatisch auch die Leistungen, die ja grundsätzlich auf den Grundlohn prozentual aufgebaut sind, im gleichen Maße, sofern nicht ausnahmsweise eine Herabsetzung eintreten sollte kraft eines besonderen Krankenkassenausschußbeschlusses.

4. Die Wochenhilfeleistungen sind auf Grund eines parallellaufenden Gesetzes vom gleichen Tage betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge in der Weise erhöht, daß den Wöchnerinnen, die pflichtversichert sind, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, mindestens jedoch 4½ Mk. täglich bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft gewährt werden muß, daß den Angehörigen der Pflichtmitglieder, die bei der Niederkunft nicht selbst Pflichtmitglieder der Krankenkasse sind, als Wochengeld mindestens 3 Mk. und als Stillgeld mindestens 4½ Mk. täglich gewährt werden müssen und daß Wochen- und Stillgeld auch den Wöchnerinnen in dieser Höhe gewährt werden muß, die als bedürftige Personen auf Grund der Bekanntmachung über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 22. Mai 1920 die Reichswochenhilfe beziehen, wobei eine weitere Ausdehnung der Leistungen noch dadurch indirekt herbeigeführt wird, daß als bedürftige Wöchnerinnen in Zukunft diejenigen angesehen werden, die zusammen mit ihrem Ehemann nicht mehr als 15 000 Mark statt bisher 10 000 Mk. beziehen.

5. Die Bedingungen für die freiwillige Weiterversicherung sind zugunsten der wegen des Ausscheidens aus der Arbeit ausgeschiedenen Pflichtmitglieder dadurch erleichtert, daß in Zukunft bei Beginn oder während der Dauer der Weiterversicherung das Mitglied entsprechend seinen Einkommensverhältnissen seine Versetzung in eine niedere Stufe oder Klasse beantragen kann, sie sind aber in der Weise auch verschärft worden, mit Rücksicht auf die erhöhten Kassenauslagen, daß der Kassenvorstand die Versetzung des Weiterversicherten in eine höhere Klasse oder Stufe auch ohne seine Zustimmung anordnen kann, wenn dessen Beiträge in erheblichem Mißverhältnisse zu seinem Gesamteinkommen und zu dem ihm im Krankheitsfalle zu gewährenden Kassenleistungen stehen.

6. Zur leichteren Durchführung dieser Gesetzesbestimmungen sind die Vorschriften über Satzungsänderungen in der Weise vereinfacht, daß es wegen der Erhöhung des Grundlohnes nach Par. 8 bis zu einer weiteren gesetzlichen Aenderung des Par. 180 der Reichsversicherungsordnung nicht bedarf, daß vielmehr der Kassenvorstand die Aenderungen des Grundlohnes festsetzen kann und daß es eines Beschlusses des Kassenausschusses nur bedarf, „wenn die Höchstgrenze des Grundlohnes über vierzig Mark, bei Kassen aber, bei denen die Höchstgrenze bisher schon 24 Mk. überstieg, wenn die Höchstgrenze über 60 Mk. hinaufgesetzt werden soll

Mitglieder, deren Grundlohn danach die bisher bei der Kasse vorgeschriebene Höchstgrenze übersteigt, haben auf die ihrem neuen Grundlohn entsprechenden höheren Kassenleistungen von dem Tage des Vorstandsbeschlusses ab auch in Versicherungsfällen Anspruch, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits eingetreten sind.

Für Beschäftigte, die zur Mitgliedschaft bei einer Orts-, Land- oder Innungskrankenkasse oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse verpflichtet sind und für die nach den Vorschriften dieses Gesetzes ein höherer Grundlohn in Betracht kommt, als der bisherige höchste Grundlohn ihrer Kasse, haben die Arbeitgeber der Kasse binnen vier Wochen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Angaben zu machen."

Aluminium statt Kupfer

Heinrich Kreil.

Die deutsche Volkswirtschaft ist hinsichtlich der Beschaffung von Metallen vorwiegend auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen. Durch den teilweisen Verlust von Oberschlesien hat sich die Sachlage besonders bezüglich Blei weiterhin verschärft und ist die Vormachtstellung Deutschlands in der Zinkproduktion gebrochen. Durch den während des Krieges erfolgten Bau von Aluminiumwerken sind wir bei Metallen, nur hinsichtlich des Aluminiums vom Ausland unabhängig. Die für Einfuhr von ausländischen Metallen in das Ausland fließenden Summen belasten naturgemäß unsere Handelsbilanz ungeheuer. Insbesondere müssen für die Einfuhr von Kupfer allmonatlich ganz gewaltige Kapitalien aufgewendet werden. In dem Zeitraum vom Mai bis Dezember des vergangenen Jahres wurde die Einfuhr von 76 623 000 Kilogramm Elektrolytkupfer, Kupfer in Blöcken und Barren, Wirebars, und Kathoden bewilligt. In diesen Mengen ist die Einfuhr von Altmaterial nicht enthalten. Hierfür mußte der Betrag von rund 3¼ Milliarden Mark aufgewendet werden. Der Bedarf an Devisen für diese Einfuhr ist somit ein sehr beträchtlicher, da die Bezahlung fast ausschließlich in Dollar oder Pfund erfolgt. Sowohl der Reichswirtschaftsrat, wie auch der zuständige Selbstwirtschaftskörper der Metallwirtschaft hatte sich angesichts dieser Sachlage bereits im Anregungen auf Einfuhrbeschränkungen zu beschäftigen. Solche Maßnahmen sind jedoch geeignet, einen schweren Druck auf unser Wirtschaftsleben auszuüben und müssen daher möglichst vermieden werden. Der Metallwirtschaftsbund hat es deshalb, um solche Zwangsmaßnahmen zu vermeiden, unternommen, dahingehend aufklärend zu wirken, daß er alle beteiligten Kreise auf die Verwendung von einheimischen Metallen hinweist und überall für Verwendung einheimischer Metalle eintritt, wo diese den ausländischen gleichwertig gegenüberstehen. Für diesen aufklärenden Zweck errichtete er eine besondere Beratungsstelle. Die Verringerung der Einfuhr von Kupfer ist im volkswirtschaftlichen Interesse ein Haupterfordernis. Die Kupfereinfuhr läßt sich verringern durch vermehrte Verwendung des einheimischen Aluminiums. Von sachverständiger Seite ist anerkannt, daß in den verschiedensten Industrien schon jetzt Aluminium als vollkommener Ersatz für Kupfer angesprochen werden kann, besonders aber in bezug auf Freileitungen. Hier können bedeutende Kupfermengen eingespart werden.

Zur Klärung der hiermit zusammenhängenden Fragen berief der Metallwirtschaftsbund die interessierten Kreise am 11. Januar nach Frankfurt am Main zu einer Beratung. An der von dem Vorsitzenden des Metallwirtschaftsbundes, Herrn Dr. von der Porten, geleiteten Sitzung nahmen ca. 80 Vertreter der elektrotechnischen Industrie und der Elektrizitätswerke, sowie der technischen Wissenschaften teil. Bei der eingehenden Aussprache ergab sich, daß bereits bisher hinsichtlich der Verwendung von Aluminium als Freileitungen sehr günstige Erfahrungen gemacht worden sind.

Schwierigkeiten bereitet zur Zeit noch, die Verbindungsfragen zwischen Kupfer und Aluminium hinsichtlich der Klemmen und Armaturen zu lösen, da eine direkte Verbindung zwischen beiden Metallen zur Oxydation führt. Es wurde jedoch kein Zweifel gelassen, daß es der Technik gelingen wird diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die Vertreter der Elektrizitätswerke betonten jedoch, daß sie mangels jahrzehntelanger Erfahrungen bei Legungen von Aluminiumleitungen ein großes Risiko eingingen. Zur Zeit sind derartige Freileitungen durchaus den Kupferleitungen sowohl technisch wie wirtschaftlich gleichwertig. Ueber die Haltbarkeit nach jahrzehntelanger Gebrauch lägen jedoch noch keine ausreichenden Erfahrungen vor. Auf Grund dessen müsse deshalb den Elektrizitätsfirmen bei Verwendung von Aluminium in der Preisstellung eine besondere Prämie gesichert werden. Der stellv. Vorsitzende des Metallwirtschaftsbundes, Herr Kreil, (Arbeitnehmer), erklärte hierzu, daß die Uebernahme eines solchen Risikos sich in der gegenwärtigen Zeit nicht vermeiden ließe. Unsere volkswirtschaftlich sehr gefährdete Lage zwingt uns eben zu besonderen Maßnahmen. Auch die Landwirtschaft übernimmt z. B. zwecks Unabhängigmachung vom Ausland bei Durchführung ihres kürzlich veröffentlichten Programms auf intensive Bewirtschaftung ein ungeheueres Risiko, das sicher das hier in Aussicht stehende übertrifft. Wir haben alle Veranlassung, die einzige Metallindustrie, die uns vom Ausland unabhängig macht zu stützen und zu fördern. Dieser volkswirtschaftliche Gesichtspunkt müsse bei den Verhandlungen den Ausschlag geben.

Die Geschichte der Drehbank

Gewerbeschulrat Hegele.

IV.

Eine bessere Führung des Werkzeugs zeigt die Drehbank, die der französische Ingenieur Jakob Besson im Jahre 1580 angab. Die obere Antriebswelle wird durch den mittleren Schnurlauf in eine hin- und hergehende Bewegung versetzt. Dadurch dreht der rechts liegende Schnurlauf die in einem Holzrahmen gelagerte, doppelt geführte Schraube (die Leitspindel) und bewegt die hölzerne Mutter vorwärts, mit welcher der von unten nach oben gedrückte Stichel verbunden ist. Auf diese Weise wird auf dem durch den links liegenden Schnurlauf angetriebenen Werkstück eine Schraube eingeschnitten. Man kann sich kaum eine anschaulichere Darstellung denken, um die Grundlage der „Leitspindeldrehbank", mit der von einander abhängigen Führung von Werkstück und Werkzeug zu erläutern; hier ist diese Idee in der ursprünglichsten Form mit den Mitteln ihrer Zeit verkörpert.

Auch eine Drehbank zum „Passigdrehen" durch eine Lehre (Schablone oder Patrone) teilt Besson schon in seinem Buche mit. Das hölzerne Werkzeug ist zwischen zwei kurzen Spindeln eingespannt. Ueber ihm befindet sich ein Brett, das mit einer nach dem gewollten Längsschnitt des Werkstücks gestellten Nute versehen ist; in diese Nute steckt der Arbeiter den einen Zinken des gegabelten Werkzeugs, während er den andern gegen das Werkstück führt. Die Nute ist also die Auflage und Führung des Werkzeugs und zugleich die Lehre für das Werkstück. Diese Lehre ist in Führungsschlitzen senkrecht verschiebbar und ruht auf zwei mit dem Werkstück sich drehenden mehr oder weniger geneigten Scheiben, die sich nach dem Druck des Arbeiters heben oder senken. So können ovale Formen gedreht werden.

Um 1615 beschrieb auch Salomon de Caus eine „subtile und artige Maschine", um oval zu drehen und 1671 machte Cherubini (s. a.) auf verschiedene Führungen aufmerksam, bei denen dem einzigen walzenförmigen Zapfen eine querliegende, wagrechte Ebene hinzugefügt ist, gegen die der zu führende Werkzeugschlitten gedrückt wird und worin er gleitet. Durch diese Bogenführung des Werkzeugs gegenüber dem kreisenden Werkstück bekam er Kugelflächen und zwar kugelige Linsen.

Daß übrigens auch die deutschen Drechsler des 17. Jahrhunderts verstanden, Ovale, Wulste, Windungen und Kugeln zu drehen, zeigt z. B. die kunstvoll gedrehte „Juhacza Armillaris" mit ihrem „scheffgedrehten Fuß". Sie ist von Joh. Mart. Teuber aus Regensburg gefertigt und befindet sich in den an kunstvollen Drechslerarbeiten reichen Sammlungen des Germanischen Museums in Nürnberg.

Man ging im Mittelalter und bis ins 17. Jahrhundert herein, aus einem gewissen Schönheits- und Kunstsinn heraus besonders auf schwierige, künstliche Leistungen aus, die mit der einfachen Drehbank nicht zu machen waren, weshalb gerade diese Versatzköpfe, Passig- und Ovalwerke u. a. erdacht wurden.

So war die Holzdrehbank im 16.—18. Jahrhundert nach verschiedenen Seiten ausgebaut und ihr schließlich die Form gegeben worden, in welcher sie heute noch größtenteils im Gebrauch ist. Bis zu dieser Zeit bearbeitete man auch hauptsächlich Holz und Stein, das durch Abspalten rasch in eine gefällige brauchbare Form gebracht werden konnte. Alle Arbeiten, die auf einem Zerspanen beruhten, wie Hobeln, Bohren, Drehen wurden mit der Hand ausgeführt und man vermied sie nach Möglichkeit. Das Eisen wurde in erster Linie durch Gießen, Schmieden und Hämmern bearbeitet und in Form gebracht. Doch wurden auch schon früher Versuche gemacht, auch dieses zu verspanen, abzudrehen. Namentlich verlangten die im 16. und 17. Jahrhundert aufkommenden Geschütze runde, gedrehte und gebohrte Formen.

So spricht z. B. der italienische Ingenieur Bonarute Lorini schon in seinem 1597 in Venedig erschienenen Werke über Befestigungskunst von Hinterladergeschützen, deren Verschlußstücke mit Hilfe von Bohrern und Drehbänken so bearbeitet sein sollten, daß sie so vollkommen ineinander schließen, als ob sie ein Stück wären. Aber diese Versuche hatten keinen einschneidenden Einfluß auf die Ausgestaltung der Drehbank selbst; alles, selbst Rohre, Achsen, Kolbenstangen u. a. wurden mit dem Handstahl mühselig abgedreht. Es fehlte vor allem an der notwendigen, starken Kraft, um die Widerstände zu überwinden, die das harte Eisen dem Drehen entgegensetzte.

Die Umwandlung der Holzdrehbank.

Die Erfindung der Dampfmaschine durch James Watt (1736 bis 1819) brachte nach und nach auch eine vollständige Umwälzung der Werkzeuge und Werkzeugmaschinen für Eisenbearbeitung. Jetzt war die starke Umdrehungskraft vorhanden, um auch Eisen und Stahl bearbeiten zu können und den Drehbankbetrieb von der Kraft des menschlichen Fußes unabhängig zu machen. Der Dreher konnte nun seine ganze Aufmerksamkeit auf die Drehbank und seine Arbeit selbst richten und so den immer mehr wachsenden Anforderungen an seine Kraft entsprechen. Watt selbst soll schon 1790 eine Vertikalbohrmaschine zum Ausbohren seiner Dampfzylinder mit Kraftantrieb ausgestattet haben. Denn mit der Dampfmaschine entstand auch ein dringendes Bedürfnis nach ausgebohrten und abgedrehten Maschinenteilen. Bei den neuen Maschinen war die Grundforderung, daß sich Rundes in Rundem dampfdicht schiebt, daß runde Eisenwellen in gedrehten Lagern sich schnell drehen, ohne warm zu laufen, daß nahezu alle Maschinenteile saubere, abgedrehte Flächen und Gelenke zeigten. Wir haben heute vielfach keine Ahnung davon, mit welchen Schwierigkeiten die ersten Dampfmaschinen- und Lokomotivenerbauer kämpfen mußten, weil sie keine leistungsfähige Drehbank und geschulte Dreher hatten. An der ersten Lokomotive Stephensons z. B. hatte ein Grobschmied die Eisenarbeit gemacht; die Kolben waren geschmiedet und mit Hanf umwickelt, damit sie dampfdicht wurden.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gab es auch keine Stätten, die mehr oder weniger ausschließlich dem Bau von Werkzeugmaschinen dienten. Jedes Werk mußte sich selbst versorgen. Das geschah in dem Umfange, wie es das augenblickliche Bedürfnis verlangte. Es entstanden Notbehelfe, von denen man eine längere Lebensdauer nicht erwartete, die wieder beseitigt wurden, nachdem sie ihrem augenblicklichen Zweck gedient hatten. An eine Ersparnis an Zeit und Arbeitslöhnen wurde nicht gedacht. Die Einrichtungen bekannt zu geben, lag nicht im Interesse des Werkes. So sind wahrscheinlich manche gute Gedanken, die fruchtbringend für die Entwicklung der Werkzeugmaschinen hätten werden können, wieder in Vergessenheit raten. In diesem Verfahren, die notwendigen Hilfs- und Werkzeugmaschinen selbst zu bauen, hielten manche Werke bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fest.

Erst mit dem Anfang des 19. Jahrhunderts begann man ganz langsam zu begreifen, daß es zweckmäßiger sei, den Bau von Werkzeugmaschinen solchen Werken zu überlassen, die auf diesem Gebiet größere Erfahrungen gesammelt hatten. Das durch Kriege ausgesaugte und durch Vielstaaterei gehemmte Deutschland blieb zunächst zurück und überließ den Fortschritt auf diesem Gebiet England. Dort, wo guter Wirklichkeitssinn, freie wirtschaftliche Grundsätze, Kapitalansammlungen und die Kraftmaschinen zuerst heimisch waren, mußte auch die erste Entwicklung der neuen Werkzeugmaschine vor sich gehen. Stark anregend wirkte schon das vorbildliche englische Patentgesetz vom Jahre 1617.

Unter der Führung und Einwirkung der Engländer wurde nun innerhalb weniger Jahrzehnte des beginnenden 19. Jahrhunderts rasch die seitherige Holzdrehbank vollständig den neuen Anforderungen entsprechend umgestaltet. Alles Hölzerne an der Drehbank wurde entfernt und alle Teile derselben aus Eisen angefertigt, die Lager verbessert, die Führungen glatt gehobelt, die Werkzeugschlitten mit dem Stahlhalter ausgebildet und durch eine Schraube, die Leitspindel, auf dem eisernen Drehbankbett verschiebbar gemacht. Der Schmied wurde zum Mechanikus und Maschinenbauer.

Um die wirtschaftliche Seite (Preisfrage) zu lösen, wurde eine Kommission, bestehend aus der Aluminiumindustrie, der Elektrotechnischen Industrie und der Elektrizitätswerke gebildet. Ferner wurde in einer anschließend unter dem Vorsitz des Herrn Professor Dr. Petersen von der technischen Hochschule in Darmstadt stattgefundenen Sitzung beschlossen, zur Lösung der zweckmäßigsten Klemmen- und Armaturenfrage ein Preisausschreiben zu veranlassen. Es wurde zu diesem Zweck ein Arbeits- und ein Prüfungsausschuß gebildet. Es ist im Interesse unserer Volkswirtschaft dringend zu wünschen, daß die in den Sitzungen behandelten Fragen weitgehendst gefördert und soweit noch Schwierigkeiten bestehen, diese gelöst werden.

Streiflichter

Herr Bezirksleiter Liebe,

über den wir in Nr. 3 unseres Organs eine Auslassung der sozialdemokratischen „Pirnaer Volkszeitung" brachten, übersendet uns als „Berichtigung" einen Artikel, den er „zur Steuer der Wahrheit" der sozialdemokratischen „Volkszeitung für Südwestsachsen" in gleichem Wortlaut übermittelt habe. Obwohl wir nicht verpflichtet sind, von dieser Einsendung Notiz zu nehmen, wollen wir es doch tun aus angeborenem Wohlwollen und dann auch, um unseren Kollegen einen weiteren Beweis für die „wunderbaren" Zustände im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aus der Feder eines „Wissenden" zu geben.

Der Bericht hat folgenden Wortlaut:

„Crimmitschau. (Zur Steuer der Wahrheit!) Unter der Ueberschrift „Stürmische Metallarbeiterversammlung" bringt in Nr. 276 die „Volkszeitung für Südwestsachsen" einen Bericht, der soviel Verdrehungen enthält, daß es schon notwendig erscheint, etwas näher auf die Dinge einzugehen. Der Bericht in der Volkszeitung beginnt mit zwei Sätzen, mit denen der Berichterstatter, ohne es selbst zu merken, beweist, auf was es mit der Versammlung abgesehen war. Es heißt: „Auf Antrag der gesamten Belegschaft Halvor-Breda fand am Mittwoch abend im kleinen Turnhallensaal eine Mitgliederversammlung statt. Diese war einberufen, um den Crimmitschauer Kollegen verschiedene „Mißstände" des Bezirksleiters Liebe (Dresden) zur Kenntnis zu bringen. Der Saal war überfüllt." Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, als von vornherein die Vermutung ausgesprochen wurde, daß es eine kommunistische Hetze gegen Liebe wird und nichts anderes, so ist der Beweis mit dem obigen Satze nur zu deutlich erbracht worden. Die vier Worte: „Der Saal war überfüllt", beleuchten obendrein die ganze Situation. Man hatte „mobil" gemacht, denn während sonst in jeder Versammlung das akademische Viertel reichlich gewährt werden muß, war diesmal schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung der Saal voll. Noch vor der Eröffnung der Versammlung wurde der Vorsitzende von mehreren Mitgliedern darauf aufmerksam gemacht, daß auch Nichtmitglieder anwesend seien. Pflichtgemäß ersuchte nun der Vorsitzende etwaige Anwesende (ohne irgend einen Namen zu nennen), die nicht Mitglied des Metallarbeiterverbandes seien, die Versammlung zu verlassen, zumal durch die Einladung zweifelsfrei zu einer Mitgliederversammlung und nichts anderem eingeladen sei. Diese ruhige und statutarisch einwandfreie Aufforderung genügte, um bei einem Teil der Versammlung einen großen Entrüstungssturm auszulösen. Aber auch ein Nichtmitglied sprang sofort auf und erklärte: Es sei eine Metallarbeiterversammlung, und weil er bei Halvor-Breda arbeite, habe er genau dasselbe Recht, wie jeder andere, hier zu sein und denke gar nicht daran, zu gehen. Nun wurde auch von anderen Verwaltungsmitgliedern der Versuch gemacht, die Versammlung zu belehren, daß es statutarisch nicht angehe, eventuelle Beschlüsse auch von Nichtmitgliedern mit fassen zu lassen. Aber auch das schlug fehl. Jede vernünftige Mahnung auf Einhaltung der gewerkschaftlichen Disziplin wurde mit Gebrüll und wüsten Beschimpfungen beantwortet. Ja man schrie sogar: „Die (gemeint waren die Nichtmitglieder) bleiben hier, wenns euch nicht paßt, dann geht ihr" und ergänzte diese Zurufe mit gemeinen Ausdrücken, die wiederzugeben uns der Anstand verbietet. Als nun aber gar der Bezirksleiter Liebe, den man doch besonders verlangt hatte, den Versuch machte, die Versammlung wieder in ruhige Bahn zu bringen, da wars aus. Gerade ein Teil der Antragsteller, die verlangt hatten, daß Kollege Liebe geladen werden mußte und die von ihm Rede und Antwort forderten, benahmen sich nicht mehr wie organisierte Arbeiter. Die ordinärsten Beschimpfungen und sogar Bedrohungen flogen nur so und an eine geschäftsmäßige Behandlung der Sache war nicht zu denken. Der Vorsitzende sah sich darauf genötigt, die Versammlung zu schließen. Die Ortsverwaltung mit dem Kollegen Liebe und einem Teil der Versammelten verließen diesen Schauplatz kommunistischer Hetze. Wenn der Artikelschreiber behauptet, es sei ein Antrag gestellt worden, darüber abzustimmen, ob die Nichtmitglieder bleiben sollten oder nicht, so ist dieser Antrag am Vorstandstisch infolge des fortwährenden Durcheinandergeschreis nicht gehört worden, zum anderen wäre er aber auch satzungsgemäß gar nicht zulässig gewesen und durfte deshalb auch gar nicht zur Abstimmung kommen, weil jedes Mitglied gegen derartige Beschlüsse einer Versammlung sofort Protest hätte einlegen können. — So die Wahrheit über die Versammlung am Mittwoch. Ganz ausdrücklich sei betont, daß die Ortsverwaltung nicht das Weite suchte, wie es der Berichterstatter der Volkszeitung hinzustellen versucht, sondern sie ging, weil sie Verantwortlichkeitsgefühl genug besaß, nicht an Beschlüssen mitzuwirken, die am anderen Tage angefochten werden könnten. Was weiter in dem Bericht von dem Kollegen Liebe über seine Tätigkeit in Werdau behauptet wird, dafür den Beweis zu erbringen, wird dem Schreiber an anderer Stelle Gelegenheit geboten werden. Die Versammlung hatte aber noch eine weitere Folge und einiges wollen wir hier gleich mit berichten, um nicht noch einmal schreiben zu müssen. Sobald die Ortsverwaltung die Versammlung verlassen hatte, sprang der „Macher des ganzen", Max Oehler, auch schon hoch und etablierte sich als „Leiter" einer Versammlung. Was er den Versammelten nun erzählt hat, wird wohl nur „reinste" Wahrheit gewesen sein, etwas anderes erwartet man ja von Oehler von selbst nicht. Eine aus 5 Mann bestehende Kommission ließ man „aus der Mitte" der Versammlung wählen und „wählte" dabei ganz „zufällig" fast nur Kommunisten. Diese Kommission trat am Freitag mit der „bösen" Ortsverwaltung zusammen, um sich Rat zu holen, wie man den in der Versammlung erteilten Auftrag auf Erhöhung der Löhne wohl am besten durchführen könne. Es wurde lange hin und her geredet, trotzdem die Ortsverwaltung in klarer und bestimmter Form ihre Stellung in der Lohnfrage bekannt gab. Gestützt auf das Aktenmaterial konnte sie nachweisen, daß sie nicht etwa untätig geblieben war, sondern alles Erforderliche bereits unternommen und getan hatte. Sie gab der Kommission aber unzweideutig zu erkennen, daß sie in der Lohnfrage immer nur im Einverständnis und zusammen mit den sämtlichen Verwaltungsstellen im Bezirk Zwickau handelt. Letzten Endes gab auch die Kommission zu erkennen, daß auch sie nichts anderes wolle und könne. Damit bewies sie aber auch ganz deutlich, daß diese Aufmachung nichts weiter als ein Gaudium der Außenstehenden war und Unwahrheiten und Phrasendreschereien immer noch recht kurze Beine haben. Allen ehrlichen USP.-Kollegen rufen wir zu, sich nicht wieder zum Steigbügelhalter der Kommunisten herzugeben."

Soweit der Bericht, der sich ja im allgemeinen mit der von uns gebrachten Auslassung der „Pirnaer Volkszeitung" deckt und nur an dem Punkte vorbei geht, der uns zu unserem Ausruf veranlaßte. Wir sind nicht so bösartig, um nicht der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß es Herrn Liebe gelingen möge, auch diese Anschuldigung der „Pirnaer Volkszeitung" an Gerichtsstelle zu entkräften und nehmen an, daß auch diese Zeitung bei der Berichtigung nicht übersehen wurde.

Im übrigen gibt dieser Bericht wieder einmal unseren Kollegen die Möglichkeit, das tolle Durcheinander im sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband kennen zu lernen.

Sozialpolitik

Wann werden die Invalidenrenten entzogen?

Ist der Empfänger einer Invalidenrente infolge wesentlicher Aenderung in seinen Verhältnissen nicht mehr invalide, so entzieht ihm die Versicherungsanstalt die Rente. 2 Voraussetzungen müssen also gegeben sein: Eintritt einer wesentlichen Besserung und das Nichtmehrvorhandensein von Invalidität.

Was versteht man nun unter Entziehung? Die gänzliche Einstellung der seither bezogenen Rente. Es ist hier also nicht wie bei den Unfallrenten. Diese werden bekanntlich beim Eintritt einer wesentlichen Besserung nur um einen gewissen Prozentsatz gemindert, und erst dann aufgehoben, wenn keine erwerbsbeschränkenden Unfallsfolgen mehr bestehen. Ein Invalidenrentenempfänger kann aber sehr wohl noch zu 50 bis 60 Prozent erwerbsbeschränkt sein, wenn ihm die Rente entzogen wird.

Wie eingangs erwähnt, muß die Aenderung eine wesentliche sein, in dem Sinne, daß sie von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung der Erwerbsfähigkeit ist. Ein Grund zur Rentenentziehung liegt somit nicht vor, wenn die Hebung der Erwerbsfähigkeit dem Grade nach nur eine geringfügige oder deren Dauer weniger gesichert ist. Solange der Rentenempfänger noch der Schonung bedarf, die Wiederaufnahme der Arbeit also seine Gesundheit gefährden würde, darf die Rente nicht entzogen werden. Außerdem muß die wesentliche Aenderung bereits eingetreten sein und genügt es nicht, wenn beispielsweise der Arzt in seinem Gutachten ausführen würde, daß nach seinem Ermessen in nächster Zeit wesentliche Besserung zu erwarten ist. Dagegen ist es in mehreren Entscheidungen für zulässig erklärt worden, eine wesentliche Besserung dann anzunehmen, wenn der Rentenempfänger einen Arbeitsverdienst erzielt, der das übliche Lohndrittel wesentlich übersteigt. Einen vollen Beweis für die Vermutung, daß Invalidität nicht mehr besteht, liefert ein hoher Arbeitsverdienst aber auch nicht immer. In der Gewöhnung an den Krankheitszustand oder die Gebrechen kann gleichfalls eine wesentliche Besserung erblickt werden; eine objektive Besserung braucht also hier nicht eingetreten zu sein.

Voraussetzung zur Rentenentziehung ist aber weiter, daß die nach eingetretener wesentlicher Besserung noch bestehende Erwerbsbeschränktheit **unter** 66⅔ Prozent herabgesunken ist.

Die Entziehung erfolgt durch Bescheid der Landesversicherungsanstalt; zuvor findet Begutachtung durch das Versicherungs-Amt statt.

Bekanntmachung

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 5. Februar der 6. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 5. Februar bis 11. Februar.

*

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge ab 5. Woche:

Hörde. 1. Klasse 12 M, 2. Klasse 10 M, 3. Klasse 6,50 M, (weibliche Mitglieder 5,50 M), 4. Klasse 2 M.

Opladen. 1. Klasse 12 M, 2. Klasse 10 M, 3. Klasse 6 M, 4. Klasse 2 M, Delegiertensteuer 1 M.

Trier. 1. Klasse 12 M, 2. Klasse 10 M, 3. Klasse (für Hilfsarbeiter von 17—20 Jahren) 6 M, 4. Klasse (für Hilfsarbeiter von 14—17 Jahren) 3 M. Lehrlinge 1 M.

Außerdem erhalten die Genehmigung zur Erhebung der beschlossenen Beiträge:

Siegen, Wissen und Bernburg.

Verbandsgebiet

Lippstadt. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag im Lokale Möller eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der letzte Platz war besetzt. Der einzige Punkt der Tagesordnung war eine andere Regelung der Beitragsfrage. Einsichtigen war es längst klar, daß die Geldentwertung in der Beiträgehöhe nicht genügend berücksichtigt war und so mit der Zeit eine Minderung der Gefechtfähigkeit eintreten müsse. In einer regen Aussprache, an der sich eine große Anzahl Mitglieder beteiligten, wurde zu diesem Vorschlag Stellung genommen. Es kam nur ein Gedanke zum Ausdruck und zwar, daß der Christliche Metallarbeiterverband, der trotz der größten Hindernisse sich durchgerungen und heute mit seinen 230 000 Mitgliedern und seiner leistungsfähigen Kasse, der sichere Schutz und Hort seiner Mitglieder sei, unter keinen Umständen geschwächt, sondern auch weiter nach innen und außen gestärkt werden müsse. Kollege Hamer unterstrich nochmals die Ausführungen der verschiedenen Diskussionsredner, stellte die geistige Entwickelung und die gewerkschaftliche Reife fest, die durch die Aussprache unverkennbar zu Tage getreten sei und wies kurz auf die großen Aufgaben hin, die dem Verband noch bevorständen. Der Vorsitzende stellte nach der Abstimmung einstimmige Annahme des vorgelegten Antrages fest, was allseitige Beifallsäußerungen auslöste. Es muß zugegeben werden, daß dieser Beschluß bei den augenblicklichen Verhältnissen eine wirkliche gewerkschaftliche Tat ist, und Zeugnis ablegt von dem Weitblick, gewerkschaftlichen Geist, Opfersinn und Idealismus innerhalb unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes.

*

Wissen. Der christliche Metallarbeiterverband hielt am 7. Januar eine außerordentliche Verwaltungsstellenkonferenz ab, die einen zufriedenstellenden Besuch aufzuweisen hatte. Der Geschäftsführer der hiesigen Verwaltungsstelle, Kollege Alof, eröffnete die Konferenz mit herzlichen Worten der Begrüßung, und entbot allen die herzlichsten Neujahrsgrüße. Rückwärtsblickend schilderte er den Verlauf und den Werdegang der im Jahr 1921 geleisteten gewerkschaftlichen Arbeit. Wie die früheren Jahre, so war auch das Jahr 1921 für den Verband ein Jahr der Arbeit, des Kampfes um die Existenz des Einzelnen und seiner Familie. Aus dem Jahresbericht war besonders zu entnehmen, daß es schwerer, ernster Kämpfe bedurft hatte, um den berechtigten Wünschen der Metallarbeiterschaft Geltung zu verschaffen. Sogar die Staatskommissariate mußten verschiedentlich zum Austrag von Streitigkeiten und Differenzen angerufen werden. Der Ausbildung und der Schulung von Vorständen, Vertrauensleuten und Betriebsräten wurde im verflossenen Jahre besondere Beachtung geschenkt, und wird dieselbe im neuen Jahre weiter ihren Fortgang nehmen, zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft und Mitgliederschaft.

Einen weiteren Punkt der Tagesordnung behandelte der Kollege Braß-Siegen unter dem Stichwort: „Ein Wort zum Nachdenken." Ausgehend von den Verhältnissen der Vorkriegszeit mit ihren einschneidenden Maßnahmen für die Arbeiterschaft schilderte der Redner die Entwicklung und Umgestaltung auf gewerkschaftlichem Gebiete bis zum heutigen Tage. Koalitionsfreiheit — Schlichtungsausschüsse — Demobilmachungsvorschriften — Reichs- und Staatskommissariate — Tarifverträge — Arbeitsgemeinschaften waren bis vor einigen Jahren der breiten Masse der Arbeiterschaft unbekannt. Nur durch jahrzehntelanges mühevolles Arbeiten, durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen war es möglich geworden, die Arbeiterschaft zu heben. Voll Interesse folgten die Versammelten den Ausführungen, welche bei allen Beteiligten zu wirklich fleißigem Nachdenken mit sich brachten.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, bezüglich des Berichts der Siegener Zeitung über die Stundenlöhne von M 16.80 in der Metallindustrie wurde eine scharfe Aussprache geführt. Nach den Aussagen des Gew.-Sekr. Müller-Siegen (vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband) in einer öffentlichen Versammlung würden in der Metallindustrie Stundenlöhne von M 16.80 verdient. Die Konferenz verurteilte auf das Entschiedenste die Ausführung, welches in folgender Entschließung zum Ausdruck gebracht wurde.

Die heutige stark besuchte Verwaltungsstellen-Konferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes nimmt mit Befremden Kenntnis von den Ausführungen des Gew.-Sekr. Müller vom DMV. in der Eisenbahnerversammlung bei Hundt. Die Nennung eines vereinzelt erzielten Spitzenlohnes von M 16.80 ist in der Art und Weise, wie er den Stundenlöhnen der Eisenbahn gegenübergestellt wird, geeignet, in der Oeffentlichkeit ein vollständig falsches Bild über die tatsächlichen Verdienste in der Metallindustrie zu geben und die berechtigten Bestrebungen zur Aufbesserung der Löhne in der Metallindustrie zu erschweren. Angesichts der Tatsache, daß unsere Löhne hinter denen anderer Bezirke mit gleichen Teuerungsverhältnissen wesentlich zurückstehen, die Löhne sämtlicher Hilfsarbeiter mit M 8,95 fast 50% hinter dem erwähnten Satz von M 16,80 zurückstehen, ist die Konferenz nicht in der Lage, solche Ausführungen eines Gewerkschaftssekretärs verstehen zu können. Die Konferenz erwartet von ihrer Organisationsleitung, daß sie alles versucht, um die Arbeiterschaft vor dem Schaden, der ihr durch Ausführungen entstehen muß zu bewahren.

Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Braß, den Worten die weiteren Taten folgen zu lassen, schloß Kollege Alof mit dem Appell zur weiteren fleißigen Mitarbeit, die in allen Teilen gut verlaufene Konferenz. Möge darum auch in diesem Jahre der Christliche Metallarbeiterverband weiter wachsen, blühen und gedeihen zum Segen der gesamten Arbeiterschaft.

*

Osnabrück. Vor kurzem feierte der Christliche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Osnabrück, sein 20jähriges Stiftungsfest. Durch die umfangreichen Vorbereitungen, die das Festkomitee und der Vorstand getroffen hatte, wurde allseitig mit einem guten Gelingen der Veranstaltung gerechnet. Die Erwartungen sind aber weit übertroffen worden. Die ganze Veranstaltung stand unter einem guten Stern und auf einem hohen Niveau. Der 2. Geschäftsführer Georg Pelster eröffnete die Feier. Besonders hervorzuheben sind die gesanglichen Darbietungen. Herr Mittelschullehrer Voelmann hatte in liebenswürdiger Weise es übernommen, das Fest durch einige schön gelungene Solovorträge zu verschönen, welche Herr Gehring am Klavier begleitete. Auch die Vorträge des Gesangchores des katholischen Gesellenvereins Osnabrück, welchen Herr Mittelschullehrer Drexler dirigierte, sprachen an und fanden reichen Beifall. Infolge plötzlicher Verhinderung des als Festredner vorgesehenen Verbandsredakteur Georg Wieber übernahm der 1. Vorsitzende der Verwaltungsstelle, Gewerkschaftssekretär Bredow, die Festrede. Einleitend betonte Redner die Bedeutung des Tages, 20 Jahre sind dahin geflossen, 20 Jahre voll harter Arbeit, voll Mühe, Not und Entbehrung im gewerkschaftlichen Leben. 20 Jahre aber auch voll schöner Erfolge. Dann unterstrich Redner die Ideale der christlichen Gewerkschaftsbewegung und wies auf den Opfergeist und Heldenmut der Gründer unserer Verwaltungsstelle hin, von denen es 4 noch vergönnt war, das Fest mitfeiern zu können. Es sind dieses Karl Schröder, Valentin Thieß, Bernhard Thape und Wilhelm Dördelmann. Gerade sie haben damals in schwerer Zeit das Gebot der Stunde erkannt und haben ihre ganze Kraft eingesetzt, zur Erringung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den übrigen Ständen unseres Volkes. Wir ernten jetzt, was jene in den Gründerjahren gesäet haben. Unsere Pflicht ist es, dieses gewaltige Werk zu erhalten, zu festigen und weiter auszubauen. Wir dürfen nicht rasten noch ruhen, denn Stillstand bedeutet Rückgang. Reicher Beifall lohnte den Redner und zeigte, daß zwischen den Mitgliedern und den Führern ein inniges Verhältnis besteht. Der Festleiter stattete dem Redner in bewegten Worten nochmals den Dank der Versammlung ab und forderte zum treuen Festhalten zu der Organisation auf. Gerade in heutiger Zeit ist es notwendig, so betonte er, unsere Ideen in alle Volkskreise zu tragen, damit diese mit zu den Grundpfeilern für den Aufbau unseres zusammengebrochenen Volkes und Vaterlandes werden, das ist unsere Pflicht, ihr wollen wir nachkommen und unsern Dank den Gründern damit abstatten, daß wir in ihrem Sinn weiterarbeiten zur Erringung unseres Zieles und zum Wohl unseres Standes. Kollege Dördelmann brachte dann noch ein Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband aus, das begeisterte Aufnahme fand. Mit Dankesworten an alle diejenigen, die zum schönen Gelingen des Festes beigetragen hatten, wurde die Feier geschlossen.

Geprüfter Klempner- und Metalldrücker-Meister

sucht, gestützt auf erstklassige Zeugnisse Stellung in Metall- oder Blechwarenfabrik in der Nähe Braunschweig—Hannover. Suchender besitzt durchaus praktische Erfahrungen im Ziehen, Stanzen, Drücken, Werkzeugbau usw. Gefl. Angebote erbittet

M. Kanthak, Braunschweig, Casparistraße 12 2. Tr. l

Tüchtige Graveure und Ziseleure, Zinngießer, Bleigießer, Bläser, Schleifer auf Weichmetall, Zinndreher finden dauernde Beschäftigung bei höchsten Verdienst. Sofortiger Eintritt Bedingung.

Georg Hackl, Metallwarenfabrik Fürth i. Wald

Tücht. Dreher u. Schreiner

für Dauerarbeit gesucht von

H. Krantz, Maschinenfabrik

AACHEN, Industriestraße o. N

Wir suchen

Schreibmaschinenmonteure und Justeure in dauernde, gut bezahlte Stellung.

Angebote mit Zeugnisabschriften an

„BAVARIA"

Schreibmaschinenfabrik

Gebrüder Siegel, Altötting (Obb.)

10 Graugußformer

für dauernde Arbeit bei hohem Verdienst sofort gesucht. — Reisekosten werden vergütet.

EISENWERK MARX

Hennef-Sieg bei Cöln am Rhein

Tücht. Handformer

sucht

Coesfelder Eisenwerk,

Coesfeld (Westfalen)

Drahtzieherei

am Mittelrhein gelegen, sucht tüchtige

Mehrfachzieher für Eisendraht

(möglichst unverheiratet). Ausführliche Angebote unter 113 an die Geschäftsstelle dieser Zeit erbeten.

Hammerwerk in Süd-Westfalen sucht für seine 10—30 Ztr.-Dampfhämmer für Fassonschmiedestücke aller Art

erstklassigen **Hammerschmied**

Selbiger muß alle vorkommenden Schmiedestücke herstellen können, einige Erfahrungen in der Akkordfestsetzung haben um später einen **Meisterposten** übernehmen zu können. Wohnung vorhanden bzw. im Bau. Offerten mit näheren Angaben befördert unter H.T. 319 die Annoncen-Expedition Herfert & Sarx G.m.b.H Siegen i. W.

Wirtschaftsrundschau

Eisengroßindustrie und Weltkrise

Die Weltwirtschaftskrise hat in ihre Fänge alle Zweige des Wirtschaftslebens hineingezogen, aber bei keinem kommt der Niedergang so klar zum Ausdruck als bei der Eisengroßindustrie in allen Ländern. Seit der großen Krise von 1906/07 haben wir eine so geringe Welterzeugung an Eisen und Stahl nicht mehr zu verzeichnen gehabt als im Jahre 1921 und auch die Aussichten für das Jahr 1922 sind nicht günstiger. Das amerikanische Fachblatt für Eisen und Stahl „Iron Trade Review" hat eine Zusammenstellung der Erzeugung von Roheisen und Rohstahl im Jahre 1921 gemacht. Das genannte Organ schätzt die Roheisenerzeugung von 1921 auf 35 960 000 Tons gegen 60 636 400 Tons im Jahre 1920 und 76 694 000 Tons im Jahre 1913. Die Stahlerzeugung belief sich im verflossenen Jahre schätzungsweise auf 40 731 000 Tons gegen 68 321 000 Tons im Jahre 1920 und 74 629 000 Tons im Jahre 1913. Die Vereinigten Staaten behielten in der Roheisenerzeugung den ersten Platz bei, an zweiter Stelle folgte Deutschland, an dritter Frankreich, England ist in der Hauptsache wegen des Bergarbeiterstreiks im Frühjahr letzten Jahres vom zweiten auf den vierten Platz zurückgefallen. Bei der Stahlerzeugung war die Reihenfolge des letzten Jahres: Amerika, Deutschland, England. Genauere Festlegungen über den Anteil der einzelnen Länder an der Weltproduktion enthält nachstehende Tabelle (in 1000 Tons):

Roheisenerzeugung	1921	1920	1913
Vereinigte Staaten	16 750	36 401	30 600
Deutschland	7 500	6 500	19 000
Großbritannien	2 700	8 007	10 260
Frankreich	3 200	3 275	5 126
Belgien	825	1 112	2 428
Luxemburg	960	1 685	420
Uebrige Länder	4 025	4 656	8 860
	35 960	60 636	76 694

Stahlerzeugung	1921	1920	1913
Vereinigte Staaten	20 100	42 100	31 300
Deutschland	9 000	8 000	18 631
Großbritannien	3 700	9 057	7 664
Frankreich	2 900	2 915	4 614
Belgien	760	1 216	2 428
Luxemburg	760	590	918
Andere Länder	3 511	4 443	9 074
	40 781	68 321	74 629

Deutschlands Roheisenerzeugung ist zwar von 1920 auf 21 um 1 Million Tonnen gestiegen, aber sie bleibt hinter 1913 um nicht weniger als 11 Millionen Tonnen zurück, etwas besser steht es mit der Rohstahlerzeugung, die rund 50 Prozent Abnahme gegenüber 1913 zu verzeichnen hat. Immerhin ist es der deutschen Großindustrie gelungen, trotzdem ihr durch den Versailler Friedensvertrag die wichtigsten Stützpunkte im Saargebiet und in Lothringen genommen wurden, wieder die zweite Stelle in der Weltproduktion einzunehmen.

Einen ungeheuren Rückschlag haben die Vereinigten Staaten und England in der Roheisenproduktion erlitten, der sich naturgemäß auch im übrigen Wirtschaftsleben wiederspiegelt. Gerade das dürfte auch der Grund sein, warum diese beiden Länder wirtschaftlichen Anregungen zur Behebung der Weltkrise leichter zugänglich sind, als andere Staaten.

Erstaunlich ist, daß auch Frankreich trotz seines Rückganges in der Produktion England in der Roheisen- und Rohstahlherstellung überflügelt hat, und bei ihm die rückläufige Bewegung relativ weit geringer ist, als bei England, das 1913 10 260 000 Tonnen Roheisen, 1920 noch acht Millionen und 1921 nur noch 2 700 000 Tonnen produzierte. Großbritannien hatte dagegen in seiner Rohstahlfabrikation von 1913 bis 1920 einen mächtigen Aufschwung genommen — von 7 664 000 auf 9 750 000 —, ging aber 1921 auf 3 700 000 Tonnen zurück. Wenn man die schweren Klagen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und England über die Arbeitslosigkeit in der Industrie vernimmt, so geben diese Zahlen einen sehr beredten Kommentar hierzu und lassen es deutlich werden, warum die englische Regierung mit Nachdruck auf eine Neuregelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen unter Einschluß von Deutschland und Rußland hindrängt.

Wenn die Weltwirtschaft nicht weiter bergab gehen soll, dann muß die Konferenz in Genua nicht nach rein politischen, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingestellt sein. Es wäre zu begrüßen, wenn die Möglichkeit vorläge, in Genua als Berater auch Gewerkschaftsführer der exportierenden Industrien zuzuziehen, weil diese als Vertreter der arbeitenden Schichten am besten darüber orientiert sind, wo der Schuh drückt.

Der Weg der Metallwirtschaft

Die Krise, die sich schon im Weltkriege äußerte, hat trotz der gewaltigen Wiederaufbaubedürfnisse sich in einer starken Verbrauchsebbe geäußert, nicht nur gegenüber der Flut in der Zeit der Kriegsrüstungen, sondern auch gegenüber dem Friedensstand. Die gleichzeitige Verschiebung des Gebrauchs der Metallindustrieartikel von Europa nach Amerika und Japan zeigt mehr als Worte die Notlage der europäischen und die gleichzeitige zunehmende Bedeutung der östlichen Metallindustrien. Nach den „Statistischen Zusammenstellungen" der Metallbank und der Metallgesellschaft in Frankfurt am Main betrug der Metallverbrauch in Millionen Kilogramm:

	1911/13	%	1919/20	%
in Europa	2128	63	1128	41
in Nicht-Europa	1275	37	1628	59
insgesamt	4301		2626	

Die geringe Aufnahmefähigkeit Mittel- und Osteuropas war für diese Veränderung hauptsächlich bestimmend, denn die westeuropäische Metallindustrie wurde weniger von der großen Umwälzung betroffen.

Der Anteil Deutschlands betrug 1911 bis 1913 allein 22 Prozent und 1919 bis 1920 knapp 8 Prozent der Weltsumme. Gemildert werden diese Ziffern jedoch durch die leider noch nicht erreichbar gewesenen Zahlen des Altmaterialverbrauchs, der besonders in den rohstoffärmeren Ländern zu größerer Bedeutung gelangt ist, zumal die europäische Industrie einen nicht unbeträchtlichen Rückfluß von Metallen aus der Kriegswirtschaft in sich aufgenommen hat. (Inzwischen dürfte in Deutschland jedoch die Aufarbeitung von Altzeug weiter fortgeschritten sein, so daß künftig der Altmaterialverbrauch relativ größer sein wird.)

Die Hüttenerzeugung betrug in den Jahren 1913 bis 1919 (in Millionen Kilogramm):

	1914	1919	1919 gegen 1913 %
Blei	1176	858	—27
Kupfer	955	961	—7
Zink	888	682	—21
Zinn	121	123	—7,5
Aluminium	84	158	+141

Somit hat Kupfer, das noch bis 1918 ein stetiges Ansteigen (entsprechend seiner zunehmenden Bedeutung) erfuhr, plötzlich einen beträchtlichen Rückgang zu verzeichnen. Hier haben die großen im Kriege angesammelten Vorräte, die zu erheblicher Preissenkung führten, produktionsverringernd gewirkt. Die sich weiter fortsetzende Steigerung der Aluminium-Erzeugung zeigt die zunehmende Bedeutung der Leichtmetalle an Stelle der Schwermetalle (Kupfer).

Der Weg, den die Metallwirtschaft genommen hat und die dadurch hervorgerufene Veränderung, hat sich auch in der deutschen Industrie ausgeprägt. Zwar haben wir einen Teil des Außenmarktes uns wiedererringen können, aber vor eine ganze Anzahl Märkte haben Amerika und Japan ihre Riegel gelegt. Und es dürfte auch nur der bis auf das feinste hinaufgesteigerten deutschen Qualitätsindustrie möglich sein, hier erneut Absatzgebiete für unsere Exportwaren zu schaffen. Daran ist aber die deutsche Arbeiterschaft genau so interessiert, als das deutsche Unternehmertum auch. Der Ruf nach Qualitätsleistung setzt Qualitätskräfte voraus. Möglichkeiten der Ausbildung sind genug vorhanden. Man möge sie nur ergreifen.

Das soziale Unternehmertum

Wenn man über das soziale Unternehmertum reden würde, so würde man an den meisten Stellen wohl einem Achselzucken und einem Lächeln begegnen. Und mit Recht. Denn bis zum Begriff „sozial" hat sich das Unternehmertum im allgemeinen noch garnicht durchgerungen. Selbst, wenn sie die Rechte der Arbeiterschaft achten, so ist von da bis zu der hohen Auffassung des Unternehmers im sozialen Sinne noch ein gewaltiger Schritt. Einen deutschen Unternehmer von Weltruf hat es gegeben, dem das Wort „sozial" nicht ein Deckmantel für weitere Profitmacherei, sondern eine Herzensangelegenheit gewesen ist, nämlich Ernst Abbe von den Zeißwerken in Jena, deren Jubiläum des 75jährigen Bestehens in dieser Zeit gefeiert wird.

Im Jahre 1846 hat Karl Zeiß, (Augsburger Postzeitung 13. Januar) in Jena mit dem Bau einfacher Mikroskope in einem kleinen handwerksmäßigen Betriebe mit nur einem Gehilfen begonnen. Bedeutungsvoll für das Unternehmen wurde der Eintritt von Ernst Abbe im Jahre 1869, nachdem er sich 1863 als Privatdozent an der Universität niedergelassen hatte. Denn durch ihn wurde die optische Industrie auf eine wissenschaftliche Basis gestellt, und die Folge war, daß die Firma Zeiß im Bau optischer Instrumente die Führung in der Welt übernommen hat. Das gibt sich auch äußerlich kund in dem Anwachsen des Unternehmens, das heute über 5000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Was aber aus Anlaß dieses Jubiläums als besonderer Ruhmestitel der Firma Zeiß nicht genug betont werden kann, ist ihr vorbildliches soziales Wirken. Im Jahre 1888 wurde Ernst Abbe nach dem Tode von Karl Zeiß einziger Inhaber der Firma; er hätte ein fürstliches Einkommen beziehen können; er verzichtete jedoch bezog für sich nur einen bescheidenen Beamtengehalt und führte die Firma in den Besitz einer unpersönlichen Stiftung über, der er, sich selbst vergessend, den Namen „Karl-Zeiß-Stiftung" gab. Sämtliche Geschäftseinkünfte wurden zu Einrichtungen verwendet, die den Angestellten und Arbeitern zugute kamen. Das Ziel der Stiftung ist „das öffentliche Proletarierrecht der Reichsgewerbeordnung und der einschlägigen Abschnitte des Handelsgesetzbuches durch ein besseres privates Arbeiter- und Angestelltenrecht zu ersetzen". Abbe selbst erklärte: „Das Ziel meiner Bestrebungen ist durchaus nicht, in meinem Wirkungskreis Karitas zu befördern, sondern ganz allein: die Rechtslage aller derjenigen zu heben, die in diesen Wirkungskreis eingetreten sind oder in Zukunft eintreten mögen".

Ernst Abbe verkörpert so den Typus des idealen Unternehmers, der mit dem Errungenen nicht sich selbst dient, sondern vielmehr der erste Diener seines Fabrikstaates sein will, der sich nur als Verwalter des ihm anvertrauten Gutes und als Leiter der in seinen Dienst getretenen Kräfte betrachtet. Möchte die Zukunft recht viele Unternehmer erstehen lassen, welche von diesem Geiste beseelt sind!

Rundschau

Die deutsche Handelsbilanz.

Trotz aller, durch Kohlen und Rohstoffmangel allerdings begrenzten Anstrengungen stehen wir noch immer vor einer erschreckenden Passivität der deutschen Handelsbilanz, d. h. die Einfuhr übersteigt die Ausfuhr. Ein klares Bild über den Wert des deutschen Außenhandels haben wir zurzeit noch nicht, namentlich fehlen für die Einfuhr der ersten vier Monate dieses Jahres die Wertangaben, so daß ein zahlenmäßiges Erfassen und ein Vergleichen vorläufig nur für die Monate Mai bis Oktober möglich ist. Es stellten sich:

in Milliarden Mark	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-Überschuß
Mai	5,5	4,5	1,0
Juni	6,4	5,4	1,0
Juli	7,6	6,2	1,4
August	9,4	6,7	2,7
September	10,7	7,5	3,2
Oktober	13,9	9,7	4,2
Mai-Oktober	53,5	40,0	13,5

Daraus ergibt sich für einen Zeitraum von sechs Monaten ein Einfuhr-Ueberschuß von 13,5 Milliarden Mark, und zwar in einer sprunghaften Verstärkung der Passivität der Handelsbilanz. Wenn es eines Beweises bedarf, auf wie schwachen Füßen die deutsche Scheinkonjunktur steht, so erbringen ihn diese Zahlen.

Die Lage der belgischen Eisen-Industrie.

Die Lage der belgischen Eisenindustrie hat sich in letzter Zeit (Zentralblatt für Hütten- und Walzwerke Nr. 1) bedeutend verbessert. Die im Betrieb befindlichen Werke sind sämtlich für längere Zeit mit Aufträgen versehen, und man beabsichtigt bereits eine Anzahl zurzeit stilliegender Hochöfen und Stahlwerke in Betrieb zu setzen. Die Preise für die Produkte der Eisenindustrie festigen sich immer mehr. Im einzelnen ist folgendes zu bemerken: Die Cockerill-Werke beschäftigen dieselbe Anzahl Arbeiter wie vor dem Kriege. In einzelnen Abteilungen wird sogar in zwei Schichten gearbeitet. Die Gesellschaft „Tunauleries et Tréfileries Belges" hat ihre neue Fabrik in Haine-St. Paul in Betrieb gesetzt. Die „Ateliers de Construction de la Meuse" haben mit der Summe von 3 Mill. Franken, die bis jetzt von der Gesamtkriegsschadenforderung von 8 379 266 Franken bewilligt worden ist, große Neubauten errichtet. Auch die Hochöfen im Süden von Châtelineau sind wiederhergestellt. Die Gesamtkosten betrugen bis jetzt 3 600 000 Franken; davon hat die Gesellschaft 2 682 700 Franken ersetzt bekommen.

Die russische Hüttenindustrie.

Bis zum Jahre 1915 wurden in Rußland außer Polen rund 200 Millionen Pud Gußeisen produziert. In den Jahren 1918 bis 21 ist gegenüber dem normalen Verbrauch der Vorkriegszeit ein Defizit von 730 Millionen Pud entstanden. Der augenblickliche Eisenguß von 7 Millionen Pud jährlich bringt uns zu den Zeiten Peters des Großen zurück. Die Lage der Hüttenindustrie im Ural ist derart daß kein Hochofen mehr arbeitet aus Mangel an Lebensmitteln. Im Süden arbeitet von 65 Hochöfen nur einer infolge der Verpflegungskrise im Sommer und Frühjahr. Diese Lage ist absolut unhaltbar und bedroht die gesamte Wirtschaft, in erster Linie die Eisenbahnen.

Der Außenhandel Italiens.

zeigt für das erste Halbjahr 1921 eine Ausfuhr von 5956 Millionen und eine Einfuhr von 14 002 Millionen, gegen 5282 Millionen und 13 457 Millionen in der Vergleichszeit des Vorjahres, so daß die Ausfuhr sich um 15 v. H., die Einfuhr sich um 4 v. H. erhöht hat, und der Passivsaldo mit etwa 8 Milliarden ziemlich unverändert geblieben ist.

Aus dem Reich der Technik

Materialienkunde

Aluminiumreinigung.

Das in der Technik verwendete Aluminium enthält stets Verunreinigungen von Eisen- und Silizium, die zwischen 0,5 bis 2 Prozent schwanken. Ferner geringe Beimengungen von Kohlenstoff, Kupfer u. a. Diese Fremdkörper haben auf die metallographischen Eigenschaften des Aluminiums selbstverständlich erheblichen Einfluß. Ihre Erforschungen und die Reinigung des Aluminiums von denselben ist daher eine wesentliche Aufgabe von Wissenschaft und Technik.

Einer möglichen Reinigung des Aluminiums durch fraktionierte Kristallisation aus dem Schmelzfluß stehen jedoch verschiedene Hindernisse entgegen, unter anderem der Umstand, daß einige Metalle, z. B. Eisen, mit dem Aluminium hochschmelzende Legierungen bilden, die sich beim Abkühlen des unreinen flüssigen Metalls vor den Kristallen des Aluminiums abscheiden können und eisenreicher ausfallen können als der Ausgangsstoff. Kürzlich fand man bei Versuchen, die in der physikalisch-technischen Reichsanstalt angestellt wurden, daß dies nur für stark verunreinigtes Metall, nicht aber für solches mit weniger als ein Prozent Eisen neben anderen Fremdstoffen zutrifft. Es enthielten die aus dem Schmelzofen abgeschiedenen ersten Kristalle tatsächlich weniger Eisen als der Ausgangsstoff. Z. B. konnte ein Aluminiummetall vom Reingehalt 99,8 Prozent und 0,18 Prozent Eisen und 0,22 Prozent Silizium durch wiederholte Kristallisation während der Abkühlung bis auf 0,05 Prozent Fremdstoffe oder 99,95 Prozent Feingehalt gereinigt werden. Praktischer Weise geht man bei der Erzeugung reiner Aluminiumkristalle von gegossenen, festen Metallblöcken aus. Das feste Metall wird langsam bis zur Schmelztemperatur erhitzt und die niedrig schmelzenden Legierungen der Verunreinigungen werden von den im Schmelzfluß zurückbleibenden reineren Aluminiumkristallen abfiltriert. Zur Ausführung des Verfahrens kann ein in einem senkrecht stehenden, von Wasserstoff durchströmten, elektrisch beheizbaren Mantelrohr untergebrachtes Trichterrohr aus Glas oder Steingut benutzt werden, in dem sich der zu reinigende Gußblock befindet. Unterhalb des Trichterrohres ist ein aus dem gleichen Stoff hergestelltes Eimerchen zur Aufnahme der abfließenden niedrigschmelzenden Metallteile angebracht. Ein am oberen Ende des Mantelrohres eingefügter verschiebbarer Stab aus Tonmasse dient bei dem fraktionierten Schmelzen als Stempel zum Zusammendrücken der zurückbleibenden, höher schmelzenden Aluminiumkristalle. Nach diesem Verfahren hat man den Eisengehalt des Aluminiums auf 0,02 Prozent herabgesetzt.

Aus der Werkstatt.

Neuartige Schraubensicherung. Eine aus neuerer Zeit stammende Schraubensicherung, die absolut zuverlässig wirkt und insbesondere bei Rädern von Treibstangenköpfen von Lokomotiven oder Schiffsmaschinen sowie von Schienenlaschenschrauben und dergl. Anwendung finden kann, besteht darin, daß das Schraubengewinde abgesetzt ist und der Bolzen am Ende ein gegenläufiges Gewinde zur Aufnahme der Gegenmutter trägt. Die Sicherung besteht in einer oder zwei Blattfedern, die, in eine Ausnehmung der Schraubenmutter eingelegt, sich gegen eine Ausnehmung oder einen Ansatz der Gegenmutter stemmen. Die Gegenmutter erhält auf ihrer Unterseite zwei sich kreuzende Ausnehmungen, so daß nach jeder Vierteldrehung das Anliegen der Feder an eine Kante erfolgen muß. Die Wirkung besteht darin, daß nach dem Festziehen der Schraubenmutter und der Gegenmutter nach der anderen Drehrichtung eine Lösung durch Erschütterungen ausgeschlossen ist, weil sich die Federn gegen die Ansätze der Gegenmutter stemmen und dadurch die Gegenmutter infolge ihres gegenläufigen Gewindes um so fester angepreßt wird.

Elektrotechnik.

Das Widerstands-Metrohm ist ein Widerstandsmesser mit einer Arbeitsspule und einer Kontrollspule auf gemeinsamer Drehachse. Erstere liegt über dem zu messenden Widerstand, letztere unmittelbar an den Klemmen einer Batterie. Jene enthält einen Eisenkern und wird durch die Pole eines Magneten, diese durch Ansätze der Pole beeinflußt. Um eine Skala von passender Teilung zu erhalten, werden die Pole und ihre Fortsätze so ausgeführt, daß die Stärke des magnetischen Feldes am größten am Ende 0 der Skala, am kleinsten aber am Ende derselben ist. Das Metrohm hat einen sehr weiten Meßbereich und kann für die verschiedenen Messungen mit Vorteil verwandt werden. Man kann mit ihm z. B. die Temperatur der Läuferwicklung einer im Betriebe befindlichen Dynamomaschine leicht ermitteln.

Ein neues Anlaßverfahren für Gleichstrommotoren.

Bei dem Verfahren von Witmar kann der Anlasser erspart werden, da der Anlaßstrom dadurch verkleinert wird, daß die Ankerwicklung beim Anlassen in Reihe geschaltet wird. Dies wird erreicht, indem die Kollektorbürsten bis auf zwei in sehr einfacher Weise aufgehoben werden. Bei Wendepolmotoren mit vier Polen müssen die über den Anlaß liegenden Wendepole verstärkt erregt werden. Bei sechspoligen Motoren liegen die Verhältnisse günstiger, sodaß diese Maßnahme unterbleiben kann.

Schriftleitung: Georg Wieber — Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft („Echo vom Niederrhein" und G. Köllen). — Verlag: Franz Wieber alle in Duisburg.